

6. 4 Gesetzliche Grundlagen und Lehrplan für den Religionsunterricht in Bayern, Gemeinde 4

A Zusammenfassung der Rechtsgrundlagen

B Rechtsgrundlagen für den Religionsunterricht in Bayern

C Lehrplan Gemeinde 4 (nicht für Sekundarstufe I vorhanden)

A Zusammenfassung

In Bayern wird als ordentliches Lehrfach evangelischer, katholischer, orthodoxer, alt-katholischer, neuapostolischer und israelitischer Religionsunterricht erteilt, der auf der katholischen/ evangelischen Religionslehre, Artikel 136 und 137 der Bayrischen Verfassung (BV) und Artikel 46 des Bayrischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) fußt. Als Alternativfach wird gemäß Artikel 137 Absatz 2 BV und Artikel 47 BayEUG Ethik angeboten.

In der Primarstufe: wird 2 Wochenstunden in der Jahrgangsstufe 1-2 und 3 Wochenstunden in der Jahrgangsstufe 3-4 Religionsunterricht erteilt, in der Sekundarstufe wiederum werden 2 Stunden in der Woche unterrichtet. Sonderregelungen betreffen den Jahrgang 4-5 verschiedener Sonderschulen und die Übergangs- und Anschlussklassen am Gymnasium, in denen Religionsunterricht auf 1 Stunde reduziert werden darf. Das Fach ist versetzungs- und abiturrelevant und kann in der Oberstufe als Grund- und Leistungsfach gewählt werden. Für den Religionsunterricht muss eine Mindestzahl von 5 Schülern(an weiterführenden Schulen) gegeben sein. Religionsunterricht kann weiterhin außerschulisch in den Räumen der betreffenden Religionsgemeinschaft erteilt werden und darf je nach Schülerzahl klassen-, jahrgangsstufen- und schulübergreifend organisiert sein. Der Staat hat die Aufsichtspflicht inne, die Kirche besitzt ein Einsichtsrecht, um sich über die Erfüllung der jeweiligen Vorgaben unterrichten zu lassen (Artikel 112 Absatz 1 BayEUG). Bei Beanstandungen besteht das Recht, sich mit der betreffenden Lehrkraft über die Abstellung wahrgenommener Mängel ins Benehmen zusetzen und das Recht auf Anrufung der Schulaufsichtsbehörden (Artikel 112 Absatz 2 BayEUG). Vor der Erstellung der dienstlichen Beurteilung von hauptamtlichen Lehrkräften für katholische bzw. evangelische Religionslehre

hat sich ein Schulleiter mit der Bitte um Mitteilung diesbezüglicher Gesichtspunkte an die örtlich zuständige kirchliche Behörde zu wenden, die einen Vertreter in den Unterricht entsenden und ihre Erkenntnis für die Beurteilung zur Verfügung stellen kann. Weiterhin ist der Religionsunterricht konfessionsgebunden. Er steht offen für Konfessionslose und Andersgläubige, aber nur in Ausnahmesituationen, z.B. bei Ausfall des Religionsunterricht einer Konfession. Gestellungsverträge bestehen und werden mit der jeweiligen Religionsgemeinschaft geschlossen.¹

B Rechtsgrundlagen für den Religionsunterricht in Bayern

Artikel 136, 137 der Bayerischen Verfassung und Artikel 46 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)

Die einschlägigen Bestimmungen lauten:

Artikel 136 der Bayerischen Verfassung

Religionsunterricht

- (1) An allen Schulen sind beim Unterricht die religiösen Empfindungen aller zu achten.
- (2) Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach aller Volksschulen, Berufsschulen, mittleren und höheren Lehranstalten. Er wird erteilt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaften.
- (3) Kein Lehrer kann gezwungen oder gehindert werden, Religionsunterricht zu erteilen.
- (4) Die Lehrer bedürfen der Bevollmächtigung durch die Religionsgemeinschaften zur Erteilung des Religionsunterrichts.
- (5) Die erforderlichen Schulräume sind zur Verfügung zu stellen.

Artikel 137 der Bayerischen Verfassung

Teilnahme am Religionsunterricht

- (1) Die Teilnahme am Religionsunterricht und an kirchlichen Handlungen und Feierlichkeiten bleibt der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten, vom vollendeten 18. Lebensjahr ab der Willenserklärung der Schüler überlassen.
- (2) Für Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, ist ein Unterricht über die allgemein anerkannten Grundsätze der Sittlichkeit einzurichten.

Artikel 46 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)

Religionsunterricht

(1) Der Religionsunterricht ist an den Volksschulen, Realschulen, Gymnasien, Förderschulen, Berufsschulen, Berufsaufbauschulen, Wirtschaftsschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, an sonstigen Schulen nach Maßgabe der Schulordnung, ordentliches Lehrfach (Pflichtfach).² Er wird nach Bekenntnissen getrennt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft erteilt.

(2) Lehrkräfte bedürfen zur Erteilung des Religionsunterrichts der Bevollmächtigung durch die betreffende Kirche oder Religionsgemeinschaft.
²Keine Lehrkraft darf gegen ihren Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(3) An den Volksschulen und Volksschulen für Behinderte können die von den Kirchen und Religionsgemeinschaften bestellten Lehrkräfte für den Religionsunterricht den gesamten Religionsunterricht erteilen.

(4) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden.² Nach Vollendung des 18. Lebensjahres steht dieses Recht den Schülern selbst zu.³ Das nähere über Teilnahme und Abmeldung regelt das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst zur Rechtsverordnung.

Aus der Einstufung des Religionsunterrichts als „ordentliches Lehrfach“ ergibt sich, dass an (staatlichen) Schulen der Religionsunterricht grundsätzlich durch staatliche Lehrer erteilt wird.

C Lehrplan Gemeinde 4

Ein Lehrplan existiert in Bayern nicht für die Grundschule und Sekundarstufe I²

¹ Die Erteilung des Unterrichts auf der Basis kirchlichen Rechts besteht, als dass Priester der katholischen Kirche, die in der Pfarrseelsorge tätig sind, und Pfarrer der evangelisch lutherischen nach innerkirchlichem Recht zur unentgeltlichen Erteilung von Religionsunterricht verpflichtet sind.

² Zum Lehrplan der Sekundarstufe II siehe Anhang 6.6 Gesetzliche Grundlagen und Lehrplan in Bayern, Gemeinde 6